

**Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner,  
117. Plenarsitzung am 13. Oktober 2011 zu TOP 23:  
Open Data für Niedersachsen – Mehr Transparenz für mehr Demokratie  
Antrag der Fraktion Die LINKE, Drs. 16/4033  
Erste Beratung**

**- es gilt das gesprochene Wort -**

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der Fraktion Die Linke, enthält viele Punkte, die wir ebenfalls unterstützen. Trotzdem, frage ich Sie, weshalb kommt dieser Antrag gerade zu diesem Zeitpunkt?

Kann es sein, dass Ihr Antrag u. U. im Zusammenhang mit ihren Wahlergebnissen der letzten Wochen steht?

Anrede, Email, Internet, Web 2.0 – die Digitalisierung unserer Informations- und Datenflüsse hat unsere Kommunikation und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft grundlegend verändert.

Daher ist für die SPD-Landtagsfraktion moderne Netzpolitik längst kein Nischenthema mehr, sondern gehört zur Gesellschaftspolitik.

Auf dem Weg zu mehr Transparenz war die Etablierung eines Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) auf Bundesebene ein ganz wichtiger Baustein.

Anrede, auf Initiative der damaligen Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Deutsche Bundestag zum Teil gegen erheblichen Widerstand der Exekutive bereits im Jahr 2005 das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) beschlossen.

Mittlerweile gibt es außer in einigen unionsregierten Bundesländern überall vergleichbare Informationsfreiheitsgesetze.

Auch in Baden-Württemberg werden SPD und Grüne nun endlich ein Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg bringen.

Anrede, Sie wissen, dass es politisch nicht ausreichen kann, wenn wir bewährte offline Mechanismen eins zu eins in die online Welt übertragen.

Der SPD-Landtagsfraktion ist sich bewusst, dass wir für diese drängenden Herausforderungen der Zukunft neue Antworten und Lösungen brauchen.

Ein wesentlicher Faktor mehr Transparenz staatlichen Wissens zu erreichen, sind Open-Data-Projekte.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Open-Data-Bewegung und setzt sich für mehr Offenheit und Transparenz von öffentlichen Daten ein.

Daher, meine Damen und Herren von der Fraktion Die LINKE, unterstützen wir auch die in der Einleitung ihres Antrag beschriebene Position.

Sie schreiben darin, dass in der letzten Zeit vermehrt gefordert wird, Daten, die von Regierungen und anderen öffentlichen Stellen erzeugt werden, der Öffentlichkeit in elektronisch verarbeitbarer Form zur Verfügung zu stellen.

Und sie verweisen auf die Open-Data-Bewegung, die mit ihren Slogans wie „Staatliche Daten gehören uns“ den Zugang zu den Daten fordert, die aus Regierungs- und Verwaltungshandeln entstehen, sofern datenschutzrechtliche Gründe dem nicht entgegenstehen.

Meine Damen und Herren von der Fraktion Die LINKE, die SPD-Landtagsfraktion wird sich mit ihren Forderungen zum Umgang mit staatlich erzeugten Daten ernsthaft auseinandersetzen.

Dies soll nach dem Grundsatz für „Open Data“, wie er in den acht Prinzipien des „Sebastopol-RFC“ beschrieben ist, erfolgen.

Anrede, bereits im Mai diesen Jahres hat die SPD auf ihrem Landesparteitag in Wolfsburg den Antrag „Netzland Niedersachsen: Aufbruch ins digitale Zeitalter“ beschlossen und sich darin ausführlich mit dem Thema „Politisches Handeln in der digitalen Gesellschaft“ auseinandergesetzt.

Die SPD ist sich darüber bewusst, dass die digitale Gesellschaft unsere Demokratie entscheidend verändern wird und schon heute die politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse immer stärker durch einen medial projizierten und digital produzierten Informationsfluss geprägt sind.

Ergebnis dieses neuen Informationsflusses ist eine schnellere Taktung, die auch höhere Transparenz und öffentliche Reflektion politischer Entscheidungen zur Folge haben kann.

Die SPD-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass für die digitale Gesellschaft nicht nur der Wandel zu beobachten ist, sondern sich hieraus auch erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten für die Demokratisierung unserer Demokratie entwickeln lassen.

Und uns, Anrede, muss es in Zukunft konkret darum gehen, mithilfe des Internets mehr Menschen an diesem demokratischen Diskurs zu beteiligen.

Bisher bestehende Barrieren für die Teilnahme am politischen Prozess können durch die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation wegfallen.

Letztlich liegt es also an Regierungen, Parlamenten und Parteien, neue politische Interaktionsformen auch zu organisieren und zu implementieren.

Deswegen wollen wir, Anrede, auch unseren Landtag, der ein zentraler Ort für Demokratie in Niedersachsen ist, mit Hilfe neuer Technologien für die Bürgerinnen und Bürger weiter öffnen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, die Arbeit unseres Landesparlaments durch Live-Streams und den Ausbau des Internet-Angebots mit weiteren Informations- und Interaktionsschnittstellen transparenter zu gestalten.

Die Demokratisierung von Landespolitik ist für uns aber nicht nur eine technische, sondern in erster Linie vor allem eine politische Frage.

Unser Anliegen ist es, sowohl das Petitionsrecht als auch die Geschäftsordnung zu verändern, um mehr Menschen die Teilnahme am Gesetzgebungsprozess zu ermöglichen.

Die SPD-Landtagsfraktion überlegt, ob wir bei allen Entscheidungsprozessen auch eine „Phase der Bürgerbeteiligung“ in der Geschäftsordnung des Landtages verankern wollen, die online organisiert werden sollte.

In einer digitalen Gesellschaft ist es notwendig, in Niedersachsen neue Strategien wie Open Data und Open Government, die in anderen Staaten bereits zu mehr Transparenz und Beteiligung geführt haben, einzuführen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass ein landesweites Daten-Portal aufgebaut wird, in dem alle staatlich erhobenen, aber nicht sicherheitsrelevanten und personenbezogenen Daten veröffentlicht und künftig als Rohdaten über neue Schnittstellen zur Anwendungsprogrammierung (APIs) zur Verfügung gestellt werden können.

Um neue Formen der Bürgerinformation und –beteiligung einführen zu können, sind Informationsangebote der Landesregierung und -verwaltung entsprechend zu gestalten und der barrierefreie Zugang schnell und konsequent umzusetzen.

Anrede, für all diese Herausforderungen ist es notwendig, dass Aufgaben verantwortlich gebündelt und zugeordnet werden können.

Und ist bewusst, dass dieses Politikverständnis von Transparenz nicht nur auf die Landesebene beschränkt werden darf. Deshalb muss es aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion vor allem in den Kommunen Anwendung finden.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich deshalb für die Einführung eines „Open Government Days“ in den Kommunen ein.

Gerade im Bereich der kommunalen Verwaltung hält es die SPD-Landtagsfraktion für notwendig, besonders E-Government und Open-Source-Anwendungen zu fördern, und landesseitig Systemlösungen zu erarbeiten und den Kommunen anzubieten.

Um dieses Ziel erreichen zu können, ist ein Förderprogramm zu initiieren, von dem in erster Linie die Kommunen profitieren sollen, die innovative, mithilfe von neuen Medien und durch digitale Technologien gestützte Projekte etablieren wollen.

Dadurch können sie vor Ort mehr demokratische Diskurse ermöglichen und entsprechende Modelle erproben.

Meine Damen und Herren von der Fraktion Die LINKE, wir meinen auch, dass Öffentliche Haushalte öffentlich zugänglich sein müssen.

Die SPD-Landtagsfraktion befürwortet ihre Forderung nach „offenen Haushalten“, die online zugänglich sein müssen.

Aber, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, vielleicht ist Ihnen entgangen, dass die unter Punkt c Ihres Antrags erhobene Forderung nach einem öffentlichen Zugang zu den einzelnen Daten des niedersächsischen Landeshaushalts schon jetzt erfüllt und die jeweiligen Einzelpläne als PDF- Datei abrufbar sind.

Anrede, der offene Zugang zu Daten schafft einerseits eine gewisse Öffentlichkeit, andererseits löst dies aber auch berechtigte Befürchtungen vor einer zu großen Transparenz aus.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz Ulrich Freise, den IT-Staatssekretär des Landes Berlin zitieren; er schrieb:

*„Da das traditionelle Verwaltungshandeln geprägt ist von Amtsverschwiegenheit, erfordert die Umsetzung von Open-Data auch ein Umdenken bei den Beschäftigten. Transparenz wird häufig noch als Fremdkörper empfunden.*

*Deshalb wird ohne eine entsprechende politische Autorisierung keiner Open-Data Bewegung in der Öffentlichen Verwaltung nachhaltig zu etablieren sein.“*

Anrede, uns ist bewusst, dass ein weiterer Zugang zu offenen Daten auch einen Kulturwandel für die Verwaltung zur Folge hat, der deshalb zwingend von Fortbildungsmaßnahmen begleitet sein muss!

Daher ist es Anliegen der SPD-Landtagsfraktion, gemeinsam mit den öffentlichen Verwaltungen Wege zu finden, wie Vertraulichkeit mit mehr Transparenz in Einklang gebracht werden kann.

Vielleicht können wir aber auch einiges über den Einsatz von IT-Strategen oder digitalen Bürgerforen in Kommunen von unseren Nachbarländern lernen wie z.B. der Stadt Linz.

In Berlin wird nach einer gemeinsam von Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft erarbeiteten Open-Data –Agenda im Mai dieses Jahres jetzt an deren Umsetzung gearbeitet. Berlin beabsichtigt als erste deutsche Stadt im Herbst dieses Jahres seine Datenbestände digital zu öffnen.

Vielleicht können wir uns im Laufe der Beratungen im Fachausschuss über die konkrete Ausgestaltung und über erste in Berlin gewonnene Erfahrungen informieren und davon lernen, meine Damen und Herren.

Ich freue mich auf die Beratungen dieses Antrags im Fachausschuss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.